Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Amtliches Organ des Landratsamts, des Bürgermeisteramtes und Gerichts des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfring. Werth: Th. Parr.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 363 | Montag, den 31. Dezember | Jahrgang 1928

Poincaré auf absteigender Linie.

Poincaré kann auf ein Sturmjahr 1929 gefaßt sein. Seine politische Karriere, eine der glorreichsten der dritten Republik, ist ernsthaft bedroht. Die Zeiten sind vorüber, wo der Name Poincaré genügte, um die Stimmung der Oeffentlichkeit und des Parlaments zum Schweigen zu bringen. Noch vor wenigen Monaten war dieser große französische Staatsmann auf einer Höhe der Macht, wie sie im demokratischen Frankreich der letzten 50 Jahre wohl unbekannt war. Heute steht er mitten im schweren Kampf nicht nur gegen weite Kreise des französischen Volkes und nicht nur gegen starke Gruppen im Parlament, sondern gegen die eigenen Kollegen im Kabinett. Noch vor wenigen Tagen bestand die Gefahr einer Kabinettskrise, als die Frage der Diätenerhöhung zur Diskussion stand. Diese Krise, deren letzte Gründe die Unstimmigkeiten im Kabinett waren, wurden recht schnell beigelegt; aber die Unstimmigkeiten, die ja nicht von gestern sind, dauern fort. Man könnte sagen: es gibt immer Streitigkeiten dort, wo mehrere Menschen zu einer gemeinsamen Aufgabe vereinigt sind. Man soll die Bedeutung dieser naturgemäßen Differenzen nicht überschätzen. Es gibt Meinungsverschiedenheiten — und Meinungsverschiedenheiten. Im früheren Kabinett Poincaré, im Kabinett der Nationalen Union, saßen beisammen so voneinander grundverschiedene Persönlichkeiten, wie der Rechtsrepublikaner Marin und der linksradikale Herriot. Da mußte es oft zu recht heftigen Zusammenstößen kommen. Diese Zusammenstöße konnten die Existenz des Kabinetts so lange nicht erschüttern, bis die eine große Aufgabe, die dieses Kabinett zu lösen hatte, — Frankenstabilisierung und Budgetsanierung — ungelöst blieb. Die Autorität Poincarés war groß genug, um die sichausschließenden Persönlichkeiten unter einer einzigen Parole zusammenzuhalten. In dem Augen[blick], wo die [Aufgabe] erreicht war, und wo die [Gefahr] wurden, brach das [Kabinett] Union zusammen. Der linke [Flügel] des Kabinetts, vertreten durch Herriot und seine Gefolgsleute, verließ das Kampffeld. Diese Aktion der Radikalsozialisten wurde in der Oeffentlichkeit nicht verstanden, sie blieb unpopulär. Poincaré kehrte zurück, diesmal mit einem Rumpfkabinett mit abgesägtem Links- und auch abgesägtem Rechtsflügel, aber mit einer verstärkten Mitte, die aber mehr nach rechts als nach links neigte. Im großen und ganzen sah es so aus, als ob das neue Kabinett viel einheitlicher wäre als das erste, sodaß Gefahr für diese Regierung nur vom Parlament aus, nicht aber aus ihrem Innern kommen konnte. Und nun stellte es sich heraus, daß dieses Ministerium Poincaré nichts weiter als ein Verlegenheitsministerium war. Es fehlte von Anfang an nicht an Stimmen, die dieses Kabinett als ein Uebergangskabinett betrachteten: nach der Verabschiedung des Budgets müßte diese Regierung Poincaré verschwinden. Es scheint in der Tat, daß es so auch kommen wird. Poincaré hat einen der schwersten Kämpfe seiner Laufbahn auszukämpfen. Einen ehrenvollen Abgang hat er sich verscherzt, als er die Bildung seines jetzigen Kabinetts übernahm, anstatt das harte Nein zu sagen. Jetzt muß er den bitteren Kelch parlamentarischer Intrigen bis zu Ende austrinken. Einen anderen Weg gibt es selbst für diesen großen Taktiker kaum mehr.

Es ist nicht ganz leicht, eine Erklärung dafür zu finden, daß Poincaré, der noch gestern über eine Dreiviertelmehrheit in der Kammer verfügte, heute von der Opposition bedrängt ist und mit der Unzufriedenheit selbst im Lager seiner treuesten Anhänger rechnen muß. Dieser jähe Abfturz hat seine letzten Wurzeln in dem allgemeinen Charakter des politischen Lebens Frankreichs. Hier herrschte stets ein Geist vor, der als der Geist des „psychologischen Individualismus" bezeichnet werden kann. Parteipolitische Bindungen waren in Frankreich nie stark. Nicht eine Partei stellt ihren Minister, sondern ein Minister sucht sich eine Partei. Eine starke Persönlichkeit bricht in Frankreich mit Leichtigkeit Parteischranken, ohne den Parlamentarismus als solchen zu gefährden. Das in manchen anderen Ländern so akute Führerproblem ist auf eine einfache, wenn auch nicht immer zufriedenstellende Weise gelöst. Im Parlament ist alles fließend. Eine Regierung, die gestern noch die Gunst der Kammer besaß, kann schon morgen gestürzt werden. Schwer abzuwiegende psychologische Faktoren sind für die Stimmung des französischen Parlaments entscheidend. Die Franzosen sind gewöhnt, im Laufe eines Jahres 4, 5 oder gar 6 Regierungen an sich vorüberziehen zu lassen. Die Regierungsgeschäfte leiden kaum darunter, weil beamtete Staatssekretäre die laufenden Aufgaben lösen; den Ministern aber kommt die jeden Augenblick drohende Gefahr eines Sturzes recht zugute. Nur in den kritischsten Zeitläufen hat Frankreich stetige Regierungen gesehen. Das war im Krieg der Fall, wo sogar die Dauer der Amtstätigkeit des Präsidenten der französischen Republik verlängert wurde. Und dieses Bild wiederholte sich im Augenblick einer anderen nicht minder großen Gefahr: im Augenblick des Frankensturzes. So kam es, daß ein im Grunde dem französischen Menschen so wenig zusagender Mann wie Poincaré zweieinhalb Jahre hindurch am Regierungsruder bleiben konnte. Jetzt ist die Spannung vorüber, das Land ist zu Normalverhältnissen zurückgekehrt — und auch die Gesetze des parlamentarischen Lebens haben den Anspruch auf absolute Geltung wieder erhoben. Frankreich, das Land der guten alten parlamentarisch-demokratischen Tradition von anno dazumal, will nichts mehr von einer stabilen Regierung wissen. Die Aktien Poincarés fallen rapide. Plötzlich ist er zum Mann des politischen Fortschritts geworden, zu dem Mann, der den neuen, veränderten Zeiten Rechnung tragen will. Sein Sieg würde den diktatorischen Faktor in der Politik Frankreichs befestigen, seine Niederlage wird eine Rückkehr zu dem System der Vorkriegsjahre bedeuten.

Wie zu ersehen ist, handelt es sich bei dem Regierungskampf in Frankreich um Grundsätzliches. Umso charakteristischer ist es, daß es bei dem Aufflackern dieses Kampfes, einem Aufflackern, das die gesamte Situation grell beleuchtete, um recht nebensächliche Dinge ging. Denn von der Frage der Diätenerhöhung hängt das Schicksal des Landes gewiß nicht ab. Nun ist aber gerade hier etwas anderes zu berücksichtigen: diese Frage ist im Volke sehr populär. Ihre Aufrollung bedeutete daher einen Appell an die Volksmeinung, in einem viel stärkeren Maße als bei der Diskussion mancher viel wichtigeren Fragen. Um was handelte es sich hier? Der Abgeordnetentitel ist in Frankreich ein Ehrentitel. Ein Abgeordneter muß seine Pflicht den Wählern und dem Lande gegenüber tun, ohne dafür bezahlt zu werden. Das verlangt seine Würde und das verlangt auch die französische Verfassung. Denn ein Abgeordneter darf keine Gehälter bekommen, er darf kein Beamter sein, er muß vom Staate unabhängig bleiben. Ein französischer Abgeordneter erhält also kein Gehalt. Um aber einen praktischen Ausweg zu finden, ohne dabei das schöne Prinzip zu brechen, verfiel man auf den Gedanken, dem Abgeordneten eine Diät, d. h. ein Tagesentgelt zu bezahlen, wie dies etwa die Geschworenen des Gerichts erhalten. Diese Diäten betragen heute in Frankreich 32 000 Franken pro Jahr (nach deutschem Gelde etwas über 5000 Mark oder 400 Mark pro Monat). Das ist nicht viel. Des Finanzministers Chérons Vorschlag ging auf Verdoppelung, aber ein Durchschnittsfranzose ist auf viel kleinere Beträge angewiesen. Die Löhne in Frankreich sind erbärmlich. Noch kürzlich wurde in der Kammer viel Krach um die Beamtenbesoldung geschlagen, ohne daß die Beamten auf ihre Kosten kommen konnten. Nachdem jetzt eine Diätenerhöhung beschlossen ist, wird der „Mann der Straße" sich zweifellos dazu in einer recht heftigen Weise äußern. Denn hier geht es um den Magen jedes einzelnen. Eine Regierungskrise gerade wegen der Diätenerhöhung müßte in Frankreich schier unabsehbare Folgen haben. Sie ist vermieden worden, aber die Krise wird aus irgend einem anderen Anlaß kommen und zwar in Bälde.

Und so beschäftigen sich die französischen Sonntagsblätter eingehend mit der Frage, ob Poincaré nach dem Neujahrsfeste zurücktreten werde. Linksstehende Blätter, wie „Volonté", halten den Rücktritt für unvermeidlich. Das Blatt behauptet sogar, es sei nur eine Frage von Stunden. — „Matin" erklärt, der Ministerrat, der wahrscheinlich am Mittwoch, 2. Januar, abgehalten werde, werde eine Entscheidung bringen. — Der sozialistische „Populaire" glaubt berichten zu können, daß Poincaré trotz verschiedener sehr dringender Schritte aus der Umgebung des Präsidenten der Republik bis jetzt auf der Absicht beharrt, zurückzutreten, aber für den Fall, daß Poincaré am Mittwoch dem Kabinettsrat seine Rücktrittsurkunde unterbreite, denke man an [anderer] Stelle [daran], daß der Präsident der Republik den Rücktritt der Regierung, den der Rücktritt Poincarés mit sich bringen würde, ablehnen dürfte.

Neujahrswünsche für das deutsche Volk.

Mein sehnlichster Neujahrswunsch ist, daß das Jahr 1929 dem deutschen Volke die endliche Befreiung von Rhein und Saar bringen möge. Zu Deutschlands Stellung als gleichberechtigtem Mitgliedsstaat im Völkerbund steht die Besetzung deutschen Gebiets durch fremde Truppen in Widerspruch. Ferner möge der einsetzende Sachverständigen-Ausschuß eine für Deutschland erträgliche Einigung in der Reparationsfrage finden, damit das deutsche Volk weiterhin mit verstärktem Antrieb und in politischer Freiheit seinen Aufbau vollziehen kann.

Müller, Reichskanzler.

*

Das kommende Jahr stellt uns außenpolitisch vor [illegible] schwere Entscheidungen, [illegible] den namentlich in der Frage der Regelung der Reparationsfrage nur dann ein für uns einigermaßen erträgliches Ergebnis erzielen können, wenn wir uns zusammenfinden in einheitlichem Willen und Wollen.

Stresemann, Reichsminister des Auswärtigen.

*

Möge das Jahr 1929 uns weiterführen auf dem Wege des Friedens und der inneren Gesundung!

Geleiten möge uns auf diesem Wege die wachsende Erkenntnis, daß Achtung vor Gesetz und Recht und werktätige Liebe zum Mitmenschen die besten Grundlagen für den demokratischen Volksstaat bilden!

Dr. Schmidt, Staats- und Justizminister.

*

Stetige Reformarbeit im Innern und erfolgreiche Befreiungspolitik nach außen sind nur auf der Grundlage einer starken Wirtschaft durchführbar. Die Gesundung unserer Wirtschaft aber hängt ab von: Erleichterung unerträglicher Kriegstribute, ausreichendem Spielraum für Eigenkapitalbildung, Gemeinschaftsarbeit zwischen Staat und Wirtschaft unter Führung des Staates und Ausgleich der Interessen von „Kapital" und „Arbeit".

Dr. Julius Curtius, Reichswirtschaftsminister.

*

Was ich dem deutschen Volke für 1929 wünsche? Recht möge vor Macht gehen! Geht im Leben des deutschen Volkes Recht vor Macht, so werden die Gewalten der Reaktion und der Revolution durch eine vorwärtsschreitende, weitblickende Evolution des Rechts überwunden werden. Geht im Leben der Völker Recht vor Macht, so werden uns die Freiheit und die Gleichberechtigung nicht länger versagt bleiben, auf die wir als ein Volk Anspruch haben, das der Welt viel gegeben hat und in einer besseren Zukunft noch mehr wird geben können.

Erich Koch-Weser.

*

Dem deutschen Volke wünsche ich für das Jahr 1929 die wachsende Erkenntnis, daß die republikanische Staats[illegible] uns alle zu wahrhaft sozialer Einstellung und stärksten gegenseitigen Bindungen menschlicher Solidarität verpflichten. Nur eine derartige Staats- und Lebensauffassung wird uns die Kraft und die Ausdauer geben, durch alle inneren und äußeren politischen Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Kämpfen hindurch unbeirrt den geraden Weg zum Wiederaufbau und zur echten und wahren Einheit Deutschlands zu gehen.

Braun, Preuß. Ministerpräsident.

*

:-: Trier, 29. Dez. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Dr. Kaas, veröffentlicht folgenden Neujahrswunsch:

„Interessen entzweien, Ideale einen! Das Ringen um das gemeinsame hohe Ziel der stufenweisen und friedlichen Erlösung unseres Landes und Volkes von äußerer Unfreiheit und erniedrigendem Zwang sollten Hände und Herzen auch derer zusammenführen, die sonst verschiedene innenpolitische Wege gehen.

Das Jahr 1928 war außenpolitisch ein Jahr der Stagnation und der Enttäuschung. Das Jahr 1929 wird kein Jahr der Erfüllung sein. Möge es wenigstens ein Jahr des Fortschrittes werden. Das vergangene Jahr hat in dem Kelloggpakt die feierliche Friedensgeste der Nachkriegszeit gebracht. Alle, welche guten Willens sind, hoffen und fordern, daß der Zeit der Friedensbekenntnisse nunmehr die Zeit der Friedenstaten folgt."

Die Aufgaben des Volksvereins.

× Berlin, 29. Dez. (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende des Volksvereins für das katholische Deutschland, Reichskanzler a. D. Marx, sprach vor Vertrauensleuten und Helfern in programmatischer Weise über die neuen Aufgaben des Volksvereins auf der Grundlage der Düsseldorfer Hauptsitzung. Der Volksverein wolle die Katholiken zu einer festgeschlossenen und daher mächtigen und einflußreichen Einheit zusammenschweißen, wolle Helfer und Ratgeber sein allen, denen es ernst mit ihrer katholischen Weltanschauung ist. Nachdem die Sorge für die Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung vom Parlament in die Hand genommen ist, kann sich der Volksverein auch anderen Aufbaugebieten der „christlichen Ordnung in der Gesellschaft" mehr zuwenden. Dies soll geschehen in enger Zusammenarbeit mit den großen christlichen Vereinen und Verbänden. Ein wichtiges Ziel ist dabei die Beseitigung der großen Zersplitterung im Vereinswesen. Der Volksverein will sich an die Katholische Aktion angliedern und die Kräfte für diese sammeln. Auf apologetischem Gebiete wird er sich der neuen Zeitfragen besonders annehmen. Ohne Parteipolitik zu treiben, wird er sich mit der Behandlung staatsbürgerlicher Fragen vom Boden der katholischen Weltanschauung aus befassen. Er wird für die Fragen, die noch nicht ausreichend geklärt sind, nach gründlicher Vorarbeit zuverlässige weltanschauliche Richtlinien aufstellen und die Voraussetzungen schaffen für ein einheitliches kraftvolles Wirken des katholischen Volksteils im Interesse des katholischen Volkes und zum Wohle des ganzen Volkes.

Rücktritt des jugoslawischen Kabinetts.

Noch keine Beratungen mit dem König.

× Belgrad, 30. Dez. Das Ministerpräsidium veröffentlicht heute nachmittag folgendes Kommuniqué: Ministerpräsident Koroschetz hat dem König heute mittag das Rücktrittsgesuch der Regierung eingereicht. Da der König von seiner Erkältung noch nicht völlig wiederhergestellt ist, ist seine Entscheidung erst in zwei oder drei Tagen zu erwarten.

Schon am Samstag hieß es in einem halbamtlichen Kommuniqué, daß Ministerpräsident Koroschetz zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß innerhalb der Regierungskoalition Beziehungen eingetreten seien, die in einer den parlamentarischen Gepflogenheiten entsprechenden Weise geklärt werden müßten. Durch dieses Kommuniqué erfuhren bereits die Nachrichten eine Bestätigung, daß Koroschetz zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß der Fortbestand seiner Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgeschlossen erscheine. Die Stellung des Kabinetts Koroschetz ist schließlich unhaltbar geworden, weil die demokratischen Minister sich mit den Forderungen ihres Parteiführers Davidowitsch vollkommen solidarisch erklärt haben.

Es sollen die Vertreter aller parlamentarischen Gruppen sowie die Führer der kroatischen Parteien vom König gehört werden. Man nimmt an, daß Dr. Macek und Dr. Pribitschewitsch am Dienstag in Belgrad eintreffen. Ein bestimmter Plan zur Lösung der Krise besteht nicht, auch nicht wenn sie länger andauern dürfte. Man spricht auch von dem Versuch eine Konzentrationsregierung unter Einschluß der Kroaten zu bilden, eine Regierung, die mit dem gegenwärtigen Parlament und einem eng zugeschnittenen Arbeitsprogramm die Staatsgeschäfte führen sollte. In politischen Kreisen glaubt man aber nicht, daß die kroatischen Politiker geneigt sein werden, mit dem jetzigen Parlament zusammenzuarbeiten. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Dr. Koroschetz mit den Mohammedanern und den Radikalen eine Dreier-Koalition bilden wird, der die Aufgabe zufallen wird, den Staatsvoranschlag im Parlament zur Annahme zu bringen, worauf die Regierung zurücktreten würde, um die Bildung einer festen Regierungsmehrheit zu ermöglichen.

110 Fischer auf einer Eisscholle abgetrieben und verschollen.

Reval, 29. Dez. Auf dem Peipus-See im Osten Estlands spielte sich eine furchtbare Fischertragödie ab. 160 Fischer sind auf einer großen Eisscholle durch starken Wind mit allen ihren Netzen in den offenen Peipus-See abgetrieben worden. Mit größter Mühe ist es gelungen, 50 Fischer zu retten, während die übrigen 110 als verschollen zu betrachten sind. Es ist zu befürchten, daß sie sämtlich ertrunken sind. Die estnische Regierung beabsichtigt, die Suche nach den Verschollenen mit Flugzeugen aufzunehmen, die Rettungsaktion stößt auf starke Schwierigkeiten, da die vorhandenen Schiffe sehr klein sind, sodaß sie das Eis nicht passieren können.

Taifun auf dem Stillen Ozean.

• Tokio, 29. Dez. Auf dem Stillen Ozean tobt besonders in der Höhe der Hafenstadt Yokohama ein schwerer Taifun, der wie man allgemein annimmt, von den Philippinen her nach Norden gewandert ist. Alle japanischen Funkstationen fangen unaufhörlich Notrufe von auf hoher See befindlichen Schiffen auf. Vier chinesische Schiffe, die sich auf dem Wege von Vancouver nach Yokohama befinden, sollen in das Taifungebiet geraten sein und sich in schwerer Seenot befinden. Für die nächsten Tage erwartet man die volle Stärke des Taifuns an den japanischen Küsten.

Das französische Kabinett in Gefahr.

Die Krisengerüchte.

:: **Paris,** 29. Dez. Die Frage, ob man für den Januar mit einer Ministerkrise rechnen muß, wird allgemein erörtert. „Temps" und das „Journal des Débats" wenden sich gegen die Gerüchte, die eine solche Krise schon jetzt andeuten.

„Temps" sucht alle Schuld den Radikalen aufzubürden, die durch ihren Beschluß, eine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung in der Kammer einzubringen, die Situation zu verschärfen suchten. Das Blatt schreibt: Wir bestreiten garnicht, daß eine Debatte über die allgemeine Politik unerläßlich geworden ist, und daß die Atmosphäre entspannt werden muß. Wir sind davon überzeugt, daß die Regierung sich gern dazu verstehen, und daß es ihren Führern leicht sein wird, die Unbegründetheit des Argwohns zu erweisen. Im „Journal des Débats" heißt es: In der heutigen Zeit, wo so viele Fragen ungeklärt sind, wo so viele Skandale ausgebrochen sind, heißt es da patriotisch handeln, wenn man den Patriotismus Poincarés in Frage stellt? Der Sturm, der gegen ihn entfesselt wurde, wird von allen Politikern geschürt, die Frankreich das größte Uebel zugefügt haben und allen denen, die von Frankreich abgelehnt worden sind. Poincaré besitzt das allgemeine Vertrauen, und wenn er augenblicklich auch im Parlament Schwierigkeiten hat, so besitzt er doch die Autorität, die bei der gegenwärtigen Parteienkonstellation aus ihm einen unentbehrlichen Ministerpräsidenten macht. „Intransigeant" erklärt: Die Gegner des Kabinetts erklären, daß der Ministerpräsident im Januar demissionieren werde, die Radikalen haben eine Offensive anläßlich des Wiederzusammentritts der Kammer eingeleitet. Die Offensive wird ohne Gefahr bleiben, wenn das Kabinett einig und solidarisch vor die Kammer tritt, d. h. wenn zwischen Poincaré und allen seinen Mitarbeitern bis dahin die unerläßliche Verständigung über die aktuellen Probleme verwirklicht wird, also über die Fragen, die im Verlaufe der Diskussion über die Nachtragskredite des Dezember, über die allgemeine und die Finanzpolitik, über die Tätigkeit der Regierung in Elsaß-Lothringen usw. aufgeworfen werden. Aber wird diese Verständigung erzielt werden? „Paris Soir" gibt zu, daß sogar Mitglieder des Kabinetts Poincaré beunruhigt seien über die augenblickliche Stimmung des Ministerpräsidenten, der, wie man versichere, entschlossen sei, Anfang des kommenden Monats zu demissionieren. Nachdem das Budget verabschiedet sei, so fügt das Blatt hinzu, habe das Kabinett genügend Muße, um über seine Lage zu beraten.

★

Parlamentarier und Aufsichtsratsposten.

!! **Paris,** 29. Dez. Der Senat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung den von der Kammer bereits angenommenen Gesetzentwurf, der den Parlamentariern die Uebernahme von Aufsichtsratsstellen und sonstigen führenden Posten in Finanz- und Wirtschaftsunternehmen verbietet, durch Handaufheben seinerseits angenommen.

Der Berichterstatter des Gesetzentwurfs erläuterte die Einschränkungen, die die Senatskommission vorschlägt, indem er hervorhob, es sei nicht möglich, vom Parlament alle die auszuschließen, die einen Beruf ausüben, der irgendwie mit der Finanz in Zusammenhang steht. Tue man das, dann gelange man dahin, daß man nur noch Berufspolitiker zum Parlament zulasse. Was verhindert werden müsse, sei, daß der Parlamentarier mit dem Prestige Handel treibe, das ihm sein parlamentarisches Mandat gebe. Senator François Marsal setzte sich für die Ablehnung des Gesetzentwurfs ein. Er erklärte, es sei im Gegenteil bedauerlich, daß in Frankreich die politischen und wirtschaftlichen Kreise nicht besser ineinandergreifen. Viele englische Parlamentarier seien Präsidenten von Banken oder großen Industriegesellschaften. Frankreich hätte nur zu gewinnen, wenn es bei Verhandlungen mit ausländischen Fachleuten durch Fachleute vertreten werde. Sei es also logisch, die Parlamentarier von den Geschäften, die für das Leben des Landes notwendig seien, auszuschließen? Der Gesetzentwurf verbietet nicht die Beibehaltung derjenigen Posten, die die Parlamentarier vor Uebernahme ihres Mandats bereits bekleideten. Er betrifft auch nicht die Uebernahme von leitenden Stellen in landwirtschaftlichen Genossenschaften oder staatlich kontrollierten Versicherungsgesellschaften; er betrifft aber die Banken und Finanzgesellschaften. Er verbietet ferner den Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, ihren Titel auf Dokumenten finanzieller, industrieller oder Handelsunternehmen anführen zu lassen. Der Gesetzentwurf sieht für Uebertretungen Geldbußen vor.

Der Finanzausschuß der Kammer hat den vom Senat verabschiedeten Text über die Erhöhung der parlamentarischen Diäten durch die Bewilligung eines Wohnungszuschusses, der ebenfalls den Bestand des Kabinetts ernstlich bedroht, entsprechend dem Vorschlage des Finanzministers mit 7 gegen 3 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

★

Der Haushalt in zweiter Lesung angenommen.

:: **Paris,** 29. Dez. Die Kammer hat in ihrer Abendsitzung auf Vorschlag ihres Ausschusses den in 35 Punkten abgeänderten Ausgabebudgetentwurf für 1929 ihrerseits durchberaten und in 17 Fällen an ihrem alten Standpunkt festgehalten. Der Entwurf geht nun wieder an den Senat zurück, der morgen vormittag tagt. In einer Nachtsitzung, die am Montag früh 3,30 Uhr zu Ende ging, hat die Kammer dann den Haushalt für 1929 mit 460 gegen 112 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Weiter wurden dem Gesetzentwurf über die Unvereinbarkeit von parlamentarischer Tätigkeit und der Bekleidung von Posten in Handel und Industrie mit 573 gegen 3 Stimmen und dem Gesetzentwurf über die Erhöhung der Diäten mit 237 gegen 234 Stimmen zugestimmt, nachdem Finanzminister Cheron den letztgenannten Entwurf im Namen der Regierung befürwortet hatte. Die endgültige Verabschiedung des Staatshaushalts wird voraussichtlich in der Nacht vom Sonntag zum Montag erfolgen. Der Haushalt schließt mit einem Ueberschuß von 64 113 353 Franken ab. Die Annahme der Vorlagen für die Diätenerhöhung und die Unvereinbarkeit von parlamentarischer Tätigkeit und der Bekleidung von Posten in Handel und Industrie durch den Senat hatte in politischen Kreisen Erstaunen hervorgerufen. In der Senatsaussprache wurden recht abfällige Aeußerungen gegen diese Vorlagen laut. In der Zustimmung des Senats, die durch Handerheben erfolgte, sieht man den Willen, mit zur Entspannung der Regierungskrise beizutragen, die bereits recht scharfe Formen angenommen hatte. Die Lage im Schoß des Kabinetts hat sich allerdings kaum geändert.

★

Poincaré verlangt Klarheit.

— **Paris,** 30. Dez. Die Agentur Havas veröffentlicht folgenden aus den Wandelgängen der Kammer stammenden Bericht über die Lage: Im Verlaufe der Unterredungen, die Ministerpräsident Poincaré in der vergangenen Nacht mit mehreren Abgeordneten hatte, hat Poincaré erklärt, daß er dadurch, daß er gleich nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten eine Debatte über die allgemeine Politik der Regierung fordere, Klarheit in die politischen Angelegenheiten bringen und genaue Aufklärung darüber finden wolle, was die Kammer für Absichten habe. Er werde sich infolgedessen bemühen, die verschiedenen Punkte zu präzisieren, auf die sich die Tätigkeit der Regierung in völliger Uebereinstimmung mit der Kammer sowohl auf innere wie außenpolitischem Gebiete richten müsse. Wahrscheinlich wird die Diskussion der Interpellationen am 10. Januar beginnen. Es verlautet, daß unmittelbar nach dieser Diskussion Poincaré die vorliegende sozialistische Interpellation über die Politik der Regierung in Elsaß-Lothringen zur Beratung stellen lassen will.

★

Ungültigkeitserklärung eines Abgeordnetenmandats.

— **Paris,** 29. Dez. Die Kammer hat in ihrer heutigen Nachmittagssitzung die im Mai erfolgte Wahl des Kommunisten Menetrier, der am Tage seiner Wahl wegen Verurteilung in dem bekannten Spionageprozeß unwählbar war, nach längerer Debatte mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Die angeblichen Ursachen der elsässischen Krise.

Natürlich sind die Deutschen schuld.

◇ **Paris,** 29. Dez. Die „Liberté" veröffentlicht eine Unterredung mit dem elsässischen Senator Graf de Leusse über die Ursachen der elsässischen Krise. Senator de Leusse nennt in erster Linie die offizielle Politik der Kartellregierung vom Mai 1924 als Ursache. Die Drohung der Einführung der Steuergesetze habe die gläubige Bevölkerung bei der Bekenntnisse gegen die Regierung aufgebracht. Die zweite Ursache finde sich in dem weiteren Wirken des deutschen Einflusses. Nach der Niederlage habe Deutschland sofort ein mächtiges Organ geschaffen, dessen Aufgabe darin bestanden habe, die deutschen Minderheiten zu gruppieren. Die Ungeschicklichkeit des Kartells, die Unzufriedenheit, die eine neue Verwaltung immer hervorrufe, die Anwesenheit von 100 000 Deutschen, die auf Grund des Versailler Vertrages naturalisierte Franzosen wurden, seien besonders günstige Bedingungen für das Anwachsen der deutschen Stärke. Ein Mittel zur Bekämpfung der elsässischen Krise sieht der erst kürzlich aus der Elsässischen Volkspartei ausgetretene Senator de Leusse in der Gründung von deutschsprachigen Zeitungen nach dem Muster des „Messager d'Alsace", die den Einfluß der Haegy-Presse bekämpfen sollen. Eine gerechte, aber feste Regierung müsse den Elsässern zeigen, daß Begünstigungen nur denen gewährt würden, die waschechte Franzosen seien ohne Unterschied der politischen Meinung oder des Glaubensbekenntnisses. Die Wiederherstellung des Oberkommissariats würde eine Prämie für den Autonomismus sein. Die kommende Generation fange an, Frankreich zu kennen, die Sprache sei ein unvergleichbares Werbemittel, und wenn die Jugend herangewachsen sei, werde die autonomistische Bewegung bald verschwinden.

Haegy und Schieß sollen ihre redaktionelle Tätigkeit einstellen.

Paris, 29. Dez. Nach einer Straßburger Meldung des „Journal" trifft es nicht zu, daß Abbé Haegy und Abbé Schieß vom Bischof von Straßburg die Ausübung ihres geistlichen Amtes untersagt bekamen. Sie wurden nur ersucht, ab 1. Januar die Leitung ihrer Zeitungen, d. h. des „Elsässer Kuriers" bezw. des „Elsässers", niederzulegen. Als diese Nachricht im Laufe einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre des Straßburger „Elsässers" am Freitag abend bekannt wurde, entstanden lebhafte Auseinandersetzungen. Abbé Haegy hat sich, dem Blatt zufolge, vorübergehend in ein Kloster in der Nähe von Russach zurückgezogen.

Der falsche „Prinz von Croy" und seine Taten.

Die Verhaftung des Hochstaplers.

= **Berlin,** 29. Dez. Wie das „Tempo" meldet, ist der falsche Prinz von Croy, der seit vielen Monaten von zahlreichen Kriminalbehörden Deutschlands und der Schweiz gesucht wurde, am Samstag früh in einem der ersten Hotels des Berliner Westens festgenommen worden. Er wohnte dort bereits mehrere Tage unter dem Namen Baron von Thelenberg. Auf dem Berliner Polizeipräsidium wurde er als der 38 Jahre alte ehemalige Kaufmann Max Firnstein festgenommen. Bereits im Anfang dieses Jahres tauchte in den besten Hotels zahlreicher deutscher Großstädte und Kurorte ein sehr eleganter Mann auf, dessen Koffer Wappen und Kronen trugen. Er gab sich meist als Bruder des Herzogs Karl von Croy auf Schloß Dülmen aus. Wo er immer hinkam, überall bezahlte er seine oft nicht unbeträchtlichen Rechnungen. Umso rätselhafter blieb es, welche Motive den Hochstapler zur Anmaßung des falschen Fürstennamens veranlaßt haben. Bei seiner Vernehmung gab Firnstein an, daß er deswegen unter falschem Namen in Deutschland herumgereist ist, weil er noch eine Reststrafe wegen eines angeblich kleinen Vergehens in München zu verbüßen hätte. Das erklärt aber immer noch nicht, warum er sich dann Fürsten- und Adelstitel beilegte. Uebrigens wird Firnstein auch von Bonn aus wegen eines großen Diebstahls gesucht. Die weiteren Ermittlungen werden hoffentlich ergeben, was hinter der Maske des falschen Prinzen von Croy und Prinz von Auersperg, den er auch wohl führte, steckt.

Herzog Karl von Croy, der hinter dem seltsamen Auftreten seines falschen Bruders größere Betrügereien vermutete, setzte sich schließlich mit Kommissar Neufang von der Berliner Kriminalpolizei in Verbindung. Den eifrigen Nachforschungen des Berliner Betrugsdezernates glückte es denn auch, nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Spur des Kaufmanns Firnstein zu verfolgen. Jedesmal aber, wenn man zugreifen wollte, war der falsche Prinz „nach unbekannt verzogen". Ueber die Verhältnisse der herzoglich Croy'schen Familie zeigte der Schwindler sich sehr bewandert, sprach aber im Vertrauen und unter Diskretion davon, daß zwischen ihm und seinem prinzlichen Bruder augenblicklich „Differenzen" beständen. Er suchte bekannte Schneiderateliers und Juweliere auf, bestellte hochelegante Anzüge und kaufte — natürlich ohne bar zu zahlen — kostbare Schmucksachen. Der Zufall wollte es, daß zur gleichen Zeit der wirkliche Prinz Croy in einem Hotel in der Nähe des Potsdamer Platzes wohnte, und so gingen die Rechnungen seines vermeintlichen Bruders an ihn. Aus dem Hotel Unter den Linden, wo er bisher wohnte, verschwand dann eines Tages der Gast. Leider hatte er „vergessen", seine Logisrechnung und die Liquidation eines Arztes, der ihn wegen Grippe behandelt hatte, zu begleichen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß er nur wenige Tage von Berlin fortgewesen war. Ehe er von seinem neuen Quartier aus wieder Streiche verüben konnte, erschien überraschend die Kriminalpolizei und nahm den Schwindler fest.

Die französischen Skandalaffären

Die Vernehmungen im Fall Benoit.

Paris, 29. Dez. Der Untersuchungsrichter hat im Beisein von Georges Benoit den postlagernd nach Straßburg geschickten Brief geöffnet, der am 8. Dezember von einem Angestellten der Verlagsgesellschaft „Erwinia" namens Thomann an Benoit gesandt worden war, und den die Polizei nach dem Attentat auf Fachot beschlagnahmte. Thomann teilt in dem Brief mit, er könne Benoit die von diesem erbetene Adresse Fachots nicht angeben, aber er glaube, daß dieser zweifelsohne in einigen Wochen nach Mülhausen kommen werde. — Bei seiner Vernehmung in Straßburg hat Thomann übrigens bereits diesen Brief erwähnt und erklärt, er habe ihn geschrieben, da Benoit zu den Abonnenten der „Volksstimme" gehörte und man ihn in dieser Eigenschaft habe zufriedenstellen wollen. Er habe von den Beweggründen nichts gewußt, die Benoit veranlaßten, sich nach der Adresse Fachots zu erkundigen. Er habe angenommen, daß Benoit Fachot nur habe schreiben wollen. Wie Havas aus Straßburg berichtet, sind heute dort Frau Benoit und der Geistliche von Walburg, Abbé Adrian, vernommen worden.

Eine ergebnislose Haussuchung im Elsaß.

V **Paris,** 29. Dez. Wie aus Metz gemeldet wird, hat im Zusammenhang mit dem Anschlag auf Fachot eine Haussuchung bei dem kürzlich zum Generalrat von Pfalzburg gewählten Bürgermeister von Finstingen, Antoni, der gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied der „Lothringischen Volkszeitung" in Metz ist, stattgefunden. Die Haussuchung verlief ergebnislos.

★

„Gazette du Franc" und „Journal".

Paris, 29. Dez. Der Verteidiger der Frau Hanau, der Besitzerin der „Gazette du Franc", hat anläßlich der Veröffentlichungen über die Vernehmung des Chefredakteurs und des Geschäftsführers der Zeitung „Le Journal" sowie des Bankiers Amard, der als Mittelsmann zwischen Frau Hanau und der Leitung des „Journal" gewirkt haben will, der Presse eine Erklärung zugestellt, in der u. a. ausgeführt wird, daß Frau Hanau niemals den Bankier Amard mit einem Vermittlungsauftrag betraut habe. Dagegen sei man im Auftrag des inzwischen verhafteten Direktors der Mittagszeitung „La Rumeur", Antequil, und des Direktors Mouthon vom „Journal" an sie herangetreten, und Frau Hanau habe auch Amard beträchtliche Summen ausgehändigt, die für diese beiden Zeitungsdirektoren bestimmt gewesen seien. Auch das Coty-Blatt „L'Ami du Peuple" erklärt in seiner Abendausgabe, Frau Hanau sei entschlossen, dem Untersuchungsrichter den Beweis dafür zu liefern, daß sie zwischen dem 20. November und dem 2. Dezember an den Direktor des „Journal", Mouthon, 500 000 Francs habe zahlen lassen. Die verschiedenen Verhandlungen, denen Antequil und Amard beigewohnt hätten, hätten im Geschäftsgebäude des „Journal" stattgefunden. Das Blatt Cotys, dem die Verantwortung dafür überlassen bleiben muß, kündigt ferner noch an, daß Frau Hanau auch Büstenabzüge von Provinzausgaben des „Journal" vorzulegen beabsichtige, aus denen man feststellen könne, daß Artikel, die sich gegen die „Gazette du Franc" richteten, nachträglich entfernt worden seien. Frau Hanau werde noch am Sonntag vom Untersuchungsrichter über diese Angelegenheit vernommen werden.

★

Klotz ein Opfer Löwensteins?

Paris, 30. Dez. Der ehemalige Finanzminister Klotz ist im Gefängnis-Hospital von Fresnes einer ersten, sogenannten eingehenden Vernehmung unterworfen worden. Die Prozedur beschränkte sich aber auf die Verlesung einer umfangreichen Denkschrift durch Klotz. Dieser gibt darin zu, gewisse gefährliche Finanztransaktionen vorgenommen zu haben die sich nicht anders als durch ein plötzliches Versagen seines Willens erklären könnten. Im übrigen sucht Klotz die ihm vorgeworfenen Straftaten nach Möglichkeit in ihrer Bedeutung herabzusetzen, um dann zu erklären, die Justiz sei mit ungewöhnlicher Schärfe gegen ihn vorgegangen. Alle Streitigkeiten hätten sich auf freundschaftlichem Wege regeln lassen. Weiter betont Klotz, durch Bürgschaftsleistungen in Schwierigkeiten geraten zu sein. Er habe von einem seiner Freunde 500 000 Franken für den Ankauf von Kunstseide-Aktien aus dem Nachlaß des belgischen Finanziers Löwenstein erhalten. Er habe dafür eine Bürgschaft von 353 000 Franken gegeben. Diese Bürgschaft habe durch 50 Prozent in bar gedeckt werden sollen, jedoch habe er nur 20 000 erhalten.

Wüste Ausschreitungen.

Berlin, 30. Dez. Ueber wüste Ausschreitungen, die sich in der Nacht zum Sonntag am Schlesischen Bahnhof zwischen Mitgliedern des Vereins „Immer Treu" und Zimmerleuten abgespielt haben, wird berichtet: Die Mitglieder des Vereins „Immer Treu" sind vielfach Leute, die vorbestraft sind oder sonst mit dem Gesetz in Konflikt stehen. Am Samstag abend hatten die Zimmerleute in ihrem Stammlokal eine Versammlung einberufen. Gegen 11 Uhr erschienen plötzlich acht bis zehn elegant gekleidete Männer, die zum Teil Zylinder und Lackschuhe, Smokings und andere Gesellschaftskleidung trugen und dem Verein „Immer Treu" angehörten und griffen die Zimmerleute an. Alsbald entstand eine allgemeine Schlägerei. Als Polizei und Ueberfallkommando erschienen, waren die Angreifer schon aus dem Lokal verschwunden. Eine Stunde später brach der Tumult von neuem aus und nahm noch stärkere Formen an. Zu dieser Zeit kamen noch vier Zimmerleute, die auch ihr Vereinslokal aufsuchen wollten und von dem Vorangegangenen keine Ahnung hatten. Die Mitglieder des Vereins „Immer Treu" drangen auf sie ein. Auf die Hilferufe der Bedrängten kamen ihnen ihre Kollegen zu Hilfe. Die Angreifer zogen Pistolen und schossen in das Lokal. Hierbei wurde ein Zimmermann so schwer getroffen, daß er auf dem Transport in das Krankenhaus verstarb. Während der Kampf noch tobte, fuhren etwa 30 bis 40 Autodroschken heran, denen Vereinsfreunde der Angreifer entstiegen und sich sofort auf die Zimmerleute stürzten. Nur mit Mühe gelang es dem verstärkten Ueberfallkommando und zahlreichen Schupo- und Kriminalbeamten, der Ausschreitung endlich ein Ende zu machen. Die Angreifer und ihr Anhang waren beim Eintreffen der Beamten blitzschnell in ihren Autos davon gefahren. Drei der verletzten Zimmerleute liegen im Krankenhaus mit Schuß- und Stichverletzungen in bedenklichem Zustande darnieder. Die Veranlassung zu dem Kampf soll darin zu suchen sein, daß zwei Vereinsleute am Tage vorher von Hamburger Zimmerleuten auf der Straße angerempelt wurden. Mit Rücksicht auf die Schwere des Ueberfalles hat der Polizeivizepräsident besonders strenge Maßnahmen angeordnet.

Schlägerei mit tödlichem Ausgang.

⊙ **Swientochlowitz,** 30. Dez. Wegen eines verschwundenen Vorhängeschlosses kam es zu einem heftigen Streit zwischen mehreren Arbeitern, der schließlich in eine Messerstecherei ausartete. Einem der Arbeiter wurde dabei der Bauch buchstäblich aufgeschlitzt, sodaß er binnen kurzem verstarb. Ein anderer Arbeiter wurde lebensgefährlich verletzt. Es wurden fünf Personen verhaftet.

Der Kampf gegen die Zuckerkrankheit.

Eine sensationelle Entdeckung zweier amerikanischer Professoren.

New York, 29. Dezember.

Eine Entdeckung von außerordentlicher Bedeutung auf dem Gebiete der physiologischen Chemie ist den beiden Wissenschaftlern Professor John Abel und Dr. H. Jensen von der John-Hopkins-Universität gelungen. In der gestrigen Sitzung der amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft wurde von ihnen zum erstenmal über ihre Entdeckung berichtet. Sie bezieht sich auf die Erforschung der Zuckerkrankheit und die beiden Gelehrten haben nach langer Arbeit die Hormone, die die Wirkung des Insulins bedingen, aufgefunden. Es ist ihnen gelungen, diese Hormone zu isolieren und damit einen entscheidenden Fortschritt in der Bekämpfung der Zuckerkrankheit zu erzielen. In seinem Bericht erklärte Professor Abel, daß die Hormone, die in der sogenannten inneren Sekretion der verschiedenen Gemüse enthalten seien und auf die wichtigsten Lebensfunktionen maßgebenden Einfluß besäßen, bisher zum Teil unbekannt gewesen seien. Nur drei Hormone, nämlich Adrenalin, Thyroxin und Pituitin, hat man bis jetzt entdecken können und zunächst sei ihm selbst die Isolierung der beiden letzgenannten Hormone geglückt. Er sei der Ansicht, daß die Entdeckung der Hormone des Insulins der erste Fall sei, daß spezifische Hormone von gewaltiger Wirkung aus tristallinischem Protein isoliert wurden, die eine verhältnismäßig einfache Zusammensetzung aufweisen. Die Entdeckungen auf diesem Gebiete seien von ungeheurer Bedeutung und es seien noch viel größere Entdeckungen zu erwarten. Die Versammlung folgte den Ausführungen Professor Abels mit größtem Interesse und einige Redner erklärten bei Besprechung der Entdeckung, daß Professor Abel und sein Mitarbeiter eine der bedeutungsvollsten Taten in der Geschichte der Chemie vollbracht hätten, denn nunmehr sei der erste Schritt zur synthetischen Herstellung des Insulins getan.

Von Nah und Fern.

Selbstmord des Leiters der Regierungshauptkasse.

× **Münster,** 30. Dez. Der seit Samstag voriger Woche verschwundene 56jährige Leiter der Regierungshauptkasse, Landrentmeister Zielinski, ist am Sonnabend in der Nähe eines Gartenhäuschens hinter der chirurgischen Klinik tot aufgefunden worden. Nach Lage der Sache liegt Selbstmord vor, und die Tatumstände lassen darauf schließen, daß Z. in geistiger Umnachtung Selbstmord verübt hat. Die sofort nach dem Verschwinden des Beamten vorgenommene Revision der Kasse hat ergeben, daß diese vollkommen in Ordnung war. Der Grund zu der Tat ist wohl darin zu suchen, daß Zielinski sich bei Ernennung eines höheren Dienstgrades übergangen glaubte.

Unfreiwillig im Geldschrank gefangen gehalten.

Kopenhagen, 30. Dez. Während der Buchhalter eines hiesigen Geschäftes sich am Sonnabend im Geldschrankraum aufhielt, schlug die Tür des Geldschrankes zu. Da niemand der Anwesenden im Besitz eines Schlüssels war, wurde er unfreiwillig zum Gefangenen. Man befürchtete, daß der Buchhalter infolge Mangels an Luft in dem 1½ Meter im Geviert messenden Raum ohnmächtig werden würde. Er selbst beklagte sich bereits über schlechte Luft und man sah sich gezwungen, die Feuerwehr zu alarmieren, um dem Gefangenen durch das Schlüsselloch komprimierte Luft zuzuführen. Erst nach geraumer Zeit kam einer der Inhaber des Geschäftes herbei und befreite den Buchhalter aus seiner kläglichen Lage.

Die Feuersbrunst auf dem Dampfer „Paul Lecat".

:: **Paris,** 30. Dez. Havas berichtet daß die Ursache der noch immer um sich greifenden Feuersbrunst an Bord des Dampfers „Paul Lecat" unbekannt ist. Der Kapitän fand, als er das Schiff gestern verließ, alles in Ordnung. Die Kosten für den Neubau eines entsprechenden Schiffes würden 50 Millionen Franken betragen.

Ein Auto mit sieben Insassen von einem Expreßzug überfahren.

)(**Okmulges** (Oklahama), 30. Dez. Der Expreßzug St Louis—San Franzisko überfuhr an einem Bahnübergang ein mit sieben Personen besetztes Automobil. Sechs von ihnen wurden auf der Stelle getötet, ein Insasse erlitt schwere Verletzungen. Die Opfer dieses furchtbaren Unglücks gehören sämtlich ein und derselben Familie an.